



Niederschrift

Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen

Sitzungstermin:	Montag, 18.11.2024
Sitzungsbeginn:	18:23 Uhr
Sitzungsende:	21:13 Uhr
Raum, Ort:	Bürgerschaftssaal des Rathauses, Markt, 17489 Greifswald

Thema: Haushalt 2025/26

Anwesend

Vorsitzende/r

Shady Al-Khoury

Mitglied

Alexander Krüger

Jan Evers

Camille Damm

Tobias Gehrke

Yvonne Görs

Erich Cymek

Vertretung für: Tobias Herkules

Heiko Jaap

Dr. Gunter Jess

Dr. Andreas Kerath

Grit Wuschek

Vertretung für: Marco Radziwill

Gerd-Martin Rappen

Dr. Jörg Valentin

Protokollführung

Birgit Rosolski

Abwesend

Mitglied

Tobias Herkules

entschuldigt

Marco Radziwill

entschuldigt

Verwaltung:

Dr. Stefan Fassbinder	Oberbürgermeister, Dezernent für Innere Verwaltung, Bildung, Kultur und Sport
Achim Lerm	Haupt- und Personalamt, 2. Stellvertreter des Oberbürgermeisters
Katrin Teetz	Beteiligungsmanagement und Controlling
Dr. Agnes Oestreich	Rechnungsprüfungsamt
Diana Stawinski	Amt für Finanzen
Anja Juhnke	Amt für Finanzen
Anika Schröder	Amt für Finanzen
Laura Krause	Amt für Finanzen
Jonas Dubiel	Amt für Finanzen
Tobias Schreiber	Rechtsamt
Anett Hauswald	Amt für Bildung, Kultur und Sport
Carola Felkl	Amt für Bildung, Kultur und Sport
Andreas Sappelt	Amt für Bildung, Kultur und Sport
Ulrike Knoll	Immobilienverwaltungsamt
Jan-Peter Manske	Immobilienverwaltungsamt
Kati Schulz	Immobilienverwaltungsamt
Lotti Siebrand	Auszubildende
Steffen Winckler	Amt für Bürgerservice und Brandschutz
Klemens Hübner	Amt für Bürgerservice und Brandschutz
Thilo Kaiser	Stadtbauamt
Stefan Kruse	Stadtbauamt
Heike Lüdemann	Stadtbauamt
Erik Wilde	Stadtbauamt
Dieter Schick	Tiefbau- und Grünflächenamt

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/Einwohnerinnen
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Mitteilungen des/r Vorsitzenden
- 6 Beratung der Beschlussvorlagen
 - 6.1 Stopp des geplanten Verkehrsversuches "Durchfahrtsverbot in der Friedrich-Loeffler-Straße und in der Domstraße"
Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdbM, interfraktionell angestrebt BV-P-ö/08/0098-02
 - 6.1.1 Stellungnahme der Verwaltung vom 24.10.2024 - Stopp des geplanten Verkehrsversuches "Durchfahrtsverbot in der Friedrich-Loeffler-Straße und in der Domstraße" (BV-P-ö/08/0098) BV-P-ö/08/0098-01
 - 6.2 Abschaffung der Übernachtungssteuer
Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdbM BV-P-ö/08/0073-04
 - 6.3 Rechtliche Schritte gegen die Ergebnisse des Zensus 2022
CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald, Marian Alfred Moscinski, Tobias Gehrke, Yannick Elias Bauer, Dr. Thomas Meyer, Ulf Burmeister, Susanne Schmidt BV-P-ö/08/0102
 - 6.4 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer und Gewerbesteuer ab dem 01.01.2025
neue Version vom 13.11.2024 BV-V/08/0076-01
 - 6.5 Prüfbericht und Prüfvermerk des Jahresabschlusses 2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Torsten Heil, Antragsberechtigt für den Fachausschuss BV-P-ö/08/0090-01
 - 6.6 Jahresabschluss 2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald BV-V/08/0072
 - 6.7 Prüfbericht und Prüfvermerk des Jahresabschlusses 2017 des Städtebaulichen Sondervermögens Innenstadt/ Fleischervorstadt (SSV 161)
Torsten Heil, Antragsberechtigt für den Fachausschuss BV-P-ö/08/0091-01
 - 6.8 Jahresabschluss 2017 - Städtebauliches Sondervermögen "161 -Sanierungsgebiet Innenstadt/Fleischervorstadt" BV-V/08/0056

6.9	Prüfbericht und Prüfvermerk des Jahresabschlusses 2017 des Städtebaulichen Sondervermögens SOS – Fleischervorstadt (SSV 162) <i>Torsten Heil, Antragsberechtigt für den Fachausschuss</i>	BV-P-ö/08/0092-01
6.10	Jahresabschluss 2017 - Städtebauliches Sondervermögen "162 -SOS Fleischervorstadt"	BV-V/08/0057
6.11	Prüfbericht und Prüfvermerk des Jahresabschlusses 2017 des Städtebaulichen Sondervermögens Wieck-Ortskern (SSV 192) <i>Torsten Heil, Antragsberechtigt für den Fachausschuss</i>	BV-P-ö/08/0093-01
6.12	Jahresabschluss 2017 - Städtebauliches Sondervermögen "192 - Wieck Ortskern"	BV-V/08/0055
6.13	Prüfbericht und Prüfvermerk des Jahresabschlusses 2017 des Städtebaulichen Sondervermögens Stadtumbau Ost – Schönwalde I (SSV 193) <i>Torsten Heil, Antragsberechtigt für den Fachausschuss</i>	BV-P-ö/08/0094-01
6.14	Jahresabschluss 2017 - Städtebauliches Sondervermögen "193 - Stadtumbau Ost - Schönwalde I"	BV-V/08/0058
6.15	Prüfbericht und Prüfvermerk des Jahresabschlusses 2017 des Städtebaulichen Sondervermögens Stadtumbau Ost – Ostseeviertel Parkseite (SSV 194) <i>Torsten Heil, Antragsberechtigt für den Fachausschuss</i>	BV-P-ö/08/0095-01
6.16	Jahresabschluss 2017 - Städtebauliches Sondervermögen „194 – Ostseeviertel/Parkseite – SUB“	BV-V/08/0061
6.17	Prüfbericht und Prüfvermerk des Jahresabschlusses 2017 des Städtebaulichen Sondervermögens SUB – Schönwalde II (SSV 198) <i>Torsten Heil, Antragsberechtigt für den Fachausschuss</i>	BV-P-ö/08/0096-01
6.18	Jahresabschluss 2017 - Städtebauliches Sondervermögen „198 – Schönwalde II - SUB"	BV-V/08/0060
6.19	Prüfbericht und Prüfvermerk des Jahresabschlusses 2017 des Städtebaulichen Sondervermögens SOS – Schönwalde II (SSV 199) <i>Torsten Heil, Antragsberechtigt für den Fachausschuss</i>	BV-P-ö/08/0097-01
6.20	Jahresabschluss 2017 - Städtebauliches Sondervermögen „199 - Schönwalde II - SOS“	BV-V/08/0059
6.21	2. Änderung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald <i>Die Präsidentin der Bürgerschaft</i>	BV-P-ö/08/0082
6.22	Insolvenz der Stadt muss abgewendet werden <i>Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdbM</i>	BV-P-ö/08/0106

- | | | |
|-------|---|-------------------|
| 6.23 | Evaluierung der Übernachtungssteuer und 2. Änderungssatzung zur Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung einer Übernachtungssteuer (Übernachtungssteuersatzung)
<i>In der Sondersitzung des Finanzausschuss am 18.11.24 zu beraten., Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion Alternative Liste * PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ * Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und b...</i> | BV-P-ö/08/0107 |
| 6.24 | Finanzkonsolidierung des städtischen Haushaltes
<i>AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft neue Version vom 15.11.2024 - finanzielle Auswirkungen ergänzt</i> | BV-P-ö/08/0109-01 |
| 6.25 | Zweitwohnungssteuer – Für eine gerechte Beitragsverteilung und mehr Ummeldungen in Greifswald
<i>Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion Alternative Liste * PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ * Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und b...</i> | BV-P-ö/08/0110 |
| 6.26 | Kooperation für PV-Anlage auf dem Dach der Feuerwehr (Haushaltsentwurf 2025/2026: 12601-M00031)
<i>Die Vorlage soll in der Sondersitzung des Finanzausschusses am 18.11., 18 Uhr zum Haushalt besprochen werden., Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</i> | BV-P-ö/08/0111 |
| 7 | Haushalt 2025/2026 | |
| 7.1 | Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2025/2026
<i>Version vom 18.11.2024</i> | BV-V/08/0043-04 |
| 7.1.1 | Änderungsantrag zu: Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2025/2026
Antrag zur Vorlage BV-V/08/0043
<i>Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke neue Version am 18.11.2024 - finanzielle Auswirkungen ergänzt</i> | BV-V/08/0043-03 |
| 7.1.2 | Änderungsantrag zu: Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2025/2026
Antrag zur Vorlage BV-V/08/0043
<i>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</i> | BV-V/08/0043-05 |
| 8 | Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses | |
| 9 | Ende der Sitzung | |

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschusssitzung wird von Herrn Al-Khoury um 18:23 Uhr eröffnet. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Mit 13 anwesenden Ausschussmitgliedern ist die Beschlussfähigkeit gegeben. Es wird über die Anwesenheit von Medienvertretern (Greifswald TV, NDR und Ostsee-Zeitung) informiert.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Zur Beschlussvorlage unter TOP 6.4 „Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer und Gewerbesteuer ab dem 01.01.2025“ liegt eine neue Version vor.

Nachträglich eingegangene Vorlagen sollen auf die Tagesordnung gesetzt werden:

„2. Änderung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“, BV-P-ö/08/0082 – TOP 6.21

Über die Aufnahme der Vorlage auf die Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen

„Insolvenz der Stadt muss abgewendet werden“, BV-P-ö/08/0106 – TOP 6.22

Über die Aufnahme der Vorlage auf die Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen

„Evaluierung der Übernachtungssteuer und 2. Änderungssatzung zur Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung einer Übernachtungssteuer (Übernachtungssteuersatzung)“, BV-P-ö/08/0107 – TOP 6.23

Über die Aufnahme der Vorlage auf die Tagesordnung wird abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme, 4 Stimmenthaltungen

„Finanzkonsolidierung des städtischen Haushaltes“, BV-P-ö/08/0109-01 – TOP 6.24

Frau Wuschek stellt den Geschäftsordnungsantrag, ob es sinnvoller wäre, alle Vorlagen, die den Haushalt betreffen (freiwillige Leistungen), in einer Bürgerschaftssitzung zu behandeln, wo jede einzelne Position durchgegangen wird. Herr Al-Khoury erklärt die Unzulässigkeit des Antrages, er kann aber als Anregung an die Präsidentin der Bürgerschaft schriftlich eingereicht werden.

Über die Aufnahme der Vorlage auf die Tagesordnung wird abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen

„Zweitwohnungssteuer – Für eine gerechte Beitragsverteilung und mehr Ummeldungen in

Greifswald“, BV-P-ö/08/0110 – TOP 6.25

Über die Aufnahme der Vorlage auf die Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen

„Kooperation für PV-Anlage auf dem Dach der Feuerwehr“, BV-P-ö/08/0111 – TOP 6.26

Über die Aufnahme der Vorlage auf die Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen

Unter dem TOP 7.1 soll die „Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2025/2026“, BV-V/08/0043-04, eingestellt werden.

Frau Stawinski begründet die Dringlichkeit. Aufgrund der übersandten Veränderungslisten am Freitag musste eine neue Version der Vorlage erstellt werden (Excel-Dateien sind nicht mit Allris kompatibel, es musste deshalb eine neue PDF-Datei generiert werden).

Unter dem TOP 7.1.1 wird der „Änderungsantrag zu: Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2025/2026 – Antrag zur Vorlage BV-V/08/0043“, BV-V/08/0043-03 (SPD/DIE LINKE), und unter dem TOP 7.1.2 der „Änderungsantrag zu: Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2025/2026 – Antrag zur Vorlage BV-V/08/0043“, BV-V/08/0043-05 (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), eingeordnet.

Herr Rappen zieht den TOP 6.3 zurück.

Herr Krüger stellt aufgrund des gleichen Sachverhaltes (Übernachtungssteuer) den Antrag, den TOP 6.2 mit dem TOP 6.25 zusammen zu behandeln, aber separat abzustimmen.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen

Über die geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
13	0	0

3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/Einwohnerinnen

keine

4 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Stawinski informiert, dass per 31.10.2024 von allen Fachbereichen eine Prognose zum Jahresende abgefragt wurde. Die Auswertung der Prognose ergibt nahezu das geplante

Jahresergebnis (geplant: - 14,3 Mio. EUR, Prognose: - 15,3 Mio. EUR). An der Haushaltssperre wird weiterhin festgehalten.

5 Mitteilungen des/r Vorsitzenden

keine

6 Beratung der Beschlussvorlagen

6.1 Stopp des geplanten Verkehrsversuches "Durchfahrtsverbot in der Friedrich- Loeffler-Straße und in der Domstraße"

BV-P-ö/08/0098-02

Die Vorlage wird von Herrn Cymek eingebracht. Die Beweggründe des Antrages liegen in der Unausgewogenheit der verschiedenen Betrachtungen (so wurde u. a. das Parkraumbewirtschaftungskonzept von 2015 nicht eingebunden); Konsequenzen des Verkehrsversuches könnten irreführend sein. Das Argument der Stadtverwaltung, dass man Verpflichtungen gegenüber anderen Partnern hätte, kann nicht nachvollzogen werden.

Herr Dr. Fassbinder bittet Fragen der Verkehrsplanung im Bauausschuss zu erörtern. Zu den finanziellen Aspekten, die erheblich sein könnten, erläutert er das Prozedere der Fördermittelbeantragung, das u. a. auch zur Entlastung des Haushaltes beiträgt. Für jedes EU-Projekt werden Partner benötigt, die man nur durch Vertrauen gewinnt. Beim Verkehrsversuchsprojekt gibt es einen bewilligten EU-Förderantrag mit sieben Partnern. Wenn der Verkehrsversuch im laufenden Verfahren abgebrochen wird, hat es schlechte Auswirkungen auf das Image der Stadt, und es wird auf Einnahmen in Höhe von 150.000 EUR (u. a. Personalanteil) für den Haushalt verzichtet. Das Zutrauen der anderen Partner für zukünftige EU-Projekte (u. a. zur Regenentwässerung und zum Sport) wäre nachhaltig geschädigt. Herr Dr. Fassbinder appelliert, diesen Verkehrsversuch als EU-Projekt nicht abzuberechnen.

Frau Wuschek verdeutlicht die negativen Folgen des Verkehrsversuches für die Handwerker und Pflegedienste.

Herr Dr. Kerath: Wird der Beschluss bei Mehrheit beanstandet?

Herr Dr. Fassbinder: Die Verpflichtung besteht, jeden Beschluss auf Rechtmäßigkeit zu prüfen. Ob der Beschluss dann einen Schaden für die Gemeinde darstellt, muss geprüft werden.

Herr Dr. Jess: Wie wurden die Partner gefunden? Scheitert das Projekt bei einem Ausstieg aus sachlichen Gründen auch für die anderen Partner?

Herr Dr. Fassbinder: Die Partner finden sich über EU-Projekte. Der sogenannte „Lead Partner“ (Hauptpartner) hat Partner gesucht und ist auf Greifswald zugekommen. Sie schließen Verträge und gehen somit gegenseitige Verpflichtungen (Durchführung des gemeinsamen Vertrages) ein. Das Ansinnen eines zuverlässigen Partners kann durch einen Ausstieg verspielt werden. Was der Ausstieg für die anderen sieben Partner heißt, kann nicht gesagt werden, da es bisher noch nicht vorkam.

Herr Kaiser: Die Zusage für dieses Projekt kam vor einem Jahr. Die Stadt Danzig benötigt die Daten zur Auswertung, ob solche Verkehrsversuche eine Wirksamkeit entwickeln können oder nicht.

Herr Krüger bittet, zu beachten, dass bei Abwägung von Prozessen auch die Verursachungen einbezogen werden sollten; Politik sollte immer eine verlässliche Note haben.

Herr Kaiser bietet den Fraktionen bis zur Bürgerschaftssitzung die Vorstellung des SUMP-Projektes an.

Herr Dr. Fassbinder betont, dass es im Vorfeld der Erarbeitung des Verkehrskonzeptes, das u. a. den Verkehrsversuch beinhaltet, umfangreiche Beteiligungsprozesse gab. Der Verkehrsversuch kann mit relativ wenig Aufwand durchgeführt werden. Sollten große Probleme auftreten, wird die Maßnahme im Anschluss nicht umgesetzt. Frau Damm ergänzt, dass es sich um einen zeitlich begrenzten Verkehrsversuch handelt und dieser bei größeren Eskalationen innerhalb kurzer Zeit abgebrochen werden könnte. Sie warnt vor dem Imageschaden für die Stadt und für die Versagung von weiteren Fördermitteln von der EU und dem Bund.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	5	4

6.1.1 Stellungnahme der Verwaltung vom 24.10.2024 - Stopp des geplanten Verkehrsversuches "Durchfahrtsverbot in der Friedrich-Loeffler-Straße und in der Domstraße" (BV-P-ö/08/0098)

BV-P-ö/08/0098-01

Wird zur Kenntnis genommen.

Ergebnis:

zur Kenntnis genommen

6.2 Abschaffung der Übernachtungssteuer

BV-P-ö/08/0073-04

Die TOP 6.2 und 6.23 werden zusammen behandelt.

Herr Al-Khouri schlägt vor, die TOP 6.2 und 6.23 separat einzubringen und abzustimmen, aber gemeinsam zu beraten.

Herr Cymek bringt die Vorlage ein. Da die Stadt ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem hat, sollte die finanzielle Belastung nicht zulasten der Gäste ausgetragen werden.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	7	1

6.3 Rechtliche Schritte gegen die Ergebnisse des Zensus 2022**BV-P-ö/08/0102**

Der TOP wurde zurückgezogen.

Ergebnis:

zurückgezogen

6.4 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer und Gewerbesteuer ab dem 01.01.2025**BV-V/08/0076-01**

Die Vorlage wird durch Frau Stawinski eingebracht. Die Hebesatzsatzung wurde mit dem aktuell zur Verfügung stehenden Stand erarbeitet. Die Stadt ist gehalten, einen aufkommensneutralen Hebesatz zu ermitteln, muss ihn aber nicht zwangsläufig erheben (es obliegt der Stadt, ihn zu erhöhen oder niedriger anzusetzen). Momentan wurde er aufkommensneutral dargestellt; wie sich eine Erhöhung auswirken würde, kann noch nicht beurteilt werden (der nivellierte Hebesatz steht noch nicht fest). Um den zu erwartenden Nachfragen der Bürger gerecht zu werden, wird verstärkt Pressearbeit durchgeführt, es wird eine separate E-Mail-Adresse angelegt, Telefonsprechzeiten werden eingeführt und ggf. auch verlängerte oder zusätzliche Öffnungszeiten. Aufgrund von Widersprüchen der Betroffenen werden die Bescheide der Stadtverwaltung nicht zurückgenommen; Empfänger von Widersprüchen wird das Finanzamt sein.

Herr Dr. Jess: Es gibt noch ungeklärte Einsprüche beim Finanzamt, bei denen die juristische Entscheidung aussteht. Was passiert, wenn die juristische Entscheidung gegen die genannte Festsetzung entschieden wird und es zu einer Rückzahlung kommt? Sind in Greifswald alle Grundstücke erfasst, die grundsteuerpflichtig sind?

Frau Stawinski: Da die Hebesatzsatzung aus dem Haushalt herausgetrennt wurde, besteht die Möglichkeit, bis zum 30.06.2025 nachzusteuern (Zurückzahlungen/Nachforderungen). Die Stadt geht davon aus, dass alle Grundstücke erfasst sind (ob es so ist, kann die Kommune nicht beurteilen). Es gibt aber auch Grundstücke, die von der Grundsteuer befreit sind.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	2	1

**6.5 Prüfbericht und Prüfvermerk des Jahresabschlusses
2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald**

BV-P-ö/08/0090-01

Herr Dr. Kerath schlägt vor, die TOP 6.5 bis 6.20 gemeinsam zu beraten und abzustimmen.

Herr Evers gibt zu bedenken, dass sich die geübte Praxis bislang auf das Sondervermögen bezog; er bittet, den Jahresabschluss 2021 der UHGW separat zu behandeln.

Herr Evers konstatiert, dass die UHGW ein Vermögen von 770 Mio. EUR in der Bilanzsumme ausweist und davon das Eigenkapital 558 Mio. EUR beträgt. Somit ist die Stadt wohlhabend und man sollte stolz darauf sein.

Über den TOP wird nicht abgestimmt, er wird zur Kenntnis genommen.

Ergebnis:

nicht abgestimmt

**6.6 Jahresabschluss 2021 der Universitäts- und Hansestadt
Greifswald**

BV-V/08/0072

Der TOP wird zur Kenntnis genommen.

Ergebnis:

nicht abgestimmt

**6.7 Prüfbericht und Prüfvermerk des Jahresabschlusses
2017 des Städtebaulichen Sondervermögens Innenstadt/
Fleischervorstadt (SSV 161)**

BV-P-ö/08/0091-01

Die TOP 6.7 bis 6.20 werden gemeinsam beraten.

Herr Dr. Jess: Bei vielen Prüfberichten des SSV gibt es Vermerke zu Beanstandungen, die nicht näher ausgeführt wurden. Wurden die Beanstandungen abgestellt?

Frau Dr. Oestreich: Die Jahresabschlüsse 2017 der Städtebaulichen Sondervermögen wurden durch das Rechnungsprüfungsamt Greifswald geprüft, zum Teil unter Hinzuziehung des Rechnungsprüfungsamtes Wolgast als sachverständigen Dritten. Bei allen Städtebaulichen Sondervermögen ergab die Prüfung des Jahresabschlusses 2017 Beanstandungen, auf dessen Grundlage ein jeweils eingeschränkter Bestätigungsvermerk durch das Rechnungsprüfungsamt Greifswald erteilt wurde; der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich dem angeschlossen. Die Beanstandungen beziehen sich u. a. auf fehlende bzw. zu überarbeitende Dienstanweisungen, auf fehlende Zertifizierungen und haushalterische Sachen. Die Beanstandungen werden auf folgende Jahresabschlüsse Berücksichtigung finden.

Über die TOP 6.7 bis 6.20 wird nicht abgestimmt, sie werden zur Kenntnis genommen.

Ergebnis:

nicht abgestimmt

6.8 Jahresabschluss 2017 - Städtebauliches Sondervermögen "161 -Sanierungsgebiet Innenstadt/Fleischervorstadt" **BV-V/08/0056**

Die TOP 6.7 bis 6.20 werden gemeinsam beraten.

Ergebnis:

nicht abgestimmt

6.9 Prüfbericht und Prüfvermerk des Jahresabschlusses 2017 des Städtebaulichen Sondervermögens SOS – Fleischervorstadt (SSV 162) **BV-P-ö/08/0092-01**

Die TOP 6.7 bis 6.20 werden gemeinsam beraten.

Ergebnis:

nicht abgestimmt

6.10 Jahresabschluss 2017 - Städtebauliches Sondervermögen "162 -SOS Fleischervorstadt" **BV-V/08/0057**

Die TOP 6.7 bis 6.20 werden gemeinsam beraten.

Ergebnis:

nicht abgestimmt

6.11 Prüfbericht und Prüfvermerk des Jahresabschlusses 2017 des Städtebaulichen Sondervermögens Wieck-Ortskern (SSV 192) **BV-P-ö/08/0093-01**

Die TOP 6.7 bis 6.20 werden gemeinsam beraten.

Ergebnis:

nicht abgestimmt

6.12 Jahresabschluss 2017 - Städtebauliches Sondervermögen "192 - Wieck Ortskern" **BV-V/08/0055**

Die TOP 6.7 bis 6.20 werden gemeinsam beraten.

Ergebnis:

nicht abgestimmt

**6.13 Prüfbericht und Prüfvermerk des Jahresabschlusses
2017 des Städtebaulichen Sondervermögens Stadtumbau Ost – Schönwalde I (SSV 193) BV-P-ö/08/0094-01**

Die TOP 6.7 bis 6.20 werden gemeinsam beraten.

Ergebnis:

nicht abgestimmt

**6.14 Jahresabschluss 2017 - Städtebauliches
Sondervermögen "193 - Stadtumbau Ost - Schönwalde I" BV-V/08/0058**

Die TOP 6.7 bis 6.20 werden gemeinsam beraten.

Ergebnis:

nicht abgestimmt

**6.15 Prüfbericht und Prüfvermerk des Jahresabschlusses
2017 des Städtebaulichen Sondervermögens Stadtumbau Ost – Ostseevierviertel Parkseite (SSV 194) BV-P-ö/08/0095-01**

Die TOP 6.7 bis 6.20 werden gemeinsam beraten.

Ergebnis:

nicht abgestimmt

**6.16 Jahresabschluss 2017 - Städtebauliches
Sondervermögen „194 – Ostseevierviertel/Parkseite – SUB“ BV-V/08/0061**

Die TOP 6.7 bis 6.20 werden gemeinsam beraten.

Ergebnis:

nicht abgestimmt

**6.17 Prüfbericht und Prüfvermerk des Jahresabschlusses
2017 des Städtebaulichen Sondervermögens SUB –
Schönwalde II (SSV 198) BV-P-ö/08/0096-01**

Die TOP 6.7 bis 6.20 werden gemeinsam beraten.

Ergebnis:

nicht abgestimmt

**6.18 Jahresabschluss 2017 - Städtebauliches
Sondervermögen „198 – Schönwalde II - SUB“**

BV-V/08/0060

Die TOP 6.7 bis 6.20 werden gemeinsam beraten.

Ergebnis:

nicht abgestimmt

**6.19 Prüfbericht und Prüfvermerk des Jahresabschlusses
2017 des Städtebaulichen Sondervermögens SOS –
Schönwalde II (SSV 199)**

BV-P-ö/08/0097-01

Die TOP 6.7 bis 6.20 werden gemeinsam beraten.

Ergebnis:

nicht abgestimmt

**6.20 Jahresabschluss 2017 - Städtebauliches
Sondervermögen „199 - Schönwalde II - SOS“**

BV-V/08/0059

Die TOP 6.7 bis 6.20 werden gemeinsam beraten.

Ergebnis:

nicht abgestimmt

**6.21 2. Änderung zur Hauptsatzung der Universitäts- und
Hansestadt Greifswald**

BV-P-ö/08/0082

Weil die Präsidentin dienstlich verhindert ist, bringt Herr Dietrich die Vorlage ein. Durch ungünstige Formulierungen in der 1. Änderung der Hauptsatzung zur Entschädigung wurden Mitglieder der Bürgerschaft schlechter gestellt, die gleichzeitig einen Vorsitz in einer Ortsteilvertretung ausüben. Mit der 2. Änderung soll diese Schlechterstellung aufgelöst werden.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf. Über die Vorlage wird abgestimmt.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	2

6.22 Insolvenz der Stadt muss abgewendet werden

BV-P-ö/08/0106

Herr Cymek bringt die Vorlage ein. Da die Liquidität in der Zukunft nicht gesichert ist, sollte schon jetzt ein Haushaltssicherungskonzept erstellt werden und nicht erst in 2026.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf. Über die Vorlage wird abgestimmt.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	5	0

6.23 Evaluierung der Übernachtungssteuer und 2. Änderungssatzung zur Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung einer Übernachtungssteuer (Übernachtungssteuersatzung)

BV-P-ö/08/0107

Die TOP 6.2 und 6.23 werden zusammen behandelt.

Frau Damm bringt die Vorlage ein. An der Erarbeitung waren verschiedene Fraktionen und betroffene Hoteliers beteiligt. Ziel war es, externe Gelder, die nicht dem Finanzausgleichsgesetz zur Last fallen, in der Stadt zu halten. Der Beschlussvorschlag besteht aus mehreren Unterpunkten:

- ❑ Einrichtung eines Tourismusforums, um mit allen Betroffenen in den Austausch zu treten,
- ❑ Bekenntnis, dass die eingenommene Übernachtungssteuer in gleicher Höhe in tourismusfördernde Maßnahmen investiert wird,
- ❑ Erhebung einer Statistik zu den Übernachtungszahlen,
- ❑ Verhandlungen mit Buchungsportalen zur Beibringung der Steuer,
- ❑ Änderungsantrag zur Satzung (Streichung der prozentualen Besteuerung und Einführung eines Pauschalbeitrages in Höhe von 3 EUR/Übernachtung für alle Erwachsenen (ausgenommen Kinder und Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahr).

Die Evaluierung wird von den Hoteliers begrüßt. Hochrechnungen ergeben ungefähr den Betrag, der im Haushalt verankert ist. In den Städten Dresden und Leipzig wird die Übernachtungssteuer in den Buchungsportalen Booking.com und Airbnb bereits eingepreist.

Frau Wuschek: Mit welchen Hoteliers wurde geredet?

Frau Damm: Es werden keine Namen genannt, weil nicht das Einverständnis der Betroffenen vorliegt.

Herr Dr. Jess bedankt sich für die Aktivitäten. Auch er hat mit Hoteliers gesprochen, die allerdings gegen diese Steuer sind. Wenn die Stadt Einnahmen generieren möchte, geht es zulasten der Gewerbetreibenden und Hoteliers in der Stadt.

Herr Al-Khouri spricht sich gegen die Höhe von 3 EUR/Person/Tag aus. Frau Wuschek hält die Umsetzung mit einem angemessenen Verwaltungsaufwand für „utopisch“.

Frau Stawinski spricht sich für die Übernachtungssteuer aus. Bei den Buchungsportalen wurden bereits Anfragen auf Auskunftersuchen gestellt, Rückmeldungen stehen weitestgehend noch aus; angedrohte Zwangsgelder werden jetzt festgesetzt. In der 2. Änderungssatzung wird als Umsetzungsdatum der 01.09.2025 genannt; hier bittet Frau Stawinski, das Datum aus umsetzungstechnischen Gründen auf den Beginn des Quartals (01.10.2025) zu setzen. Auch gibt es Begrifflichkeiten in der Änderungssatzung, die

angepasst werden sollten. Frau Stawinski bittet die Ausschussmitglieder, dem Antrag auf Änderung der Übernachtungssteuer zuzustimmen.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	2	5

6.24 Finanzkonsolidierung des städtischen Haushaltes

BV-P-ö/08/0109-01

Bevor dieser Punkt behandelt wird, möchte Herr Dr. Fassbinder allgemeine Aussagen zum Haushalt tätigen (s. TOP 7.1).

Herr Dr. Jess erklärt, dass die prekäre Haushaltssituation sowohl im Land auch als im Bund vorliegt. Da die Stadt auf Hilfe von außen angewiesen ist, wird es für dringend erforderlich gehalten, sofort zu agieren (in 2025 Reduktion des Negativsaldos im Finanzhaushalt um 20 %, in den Folgejahren weiterer Abbau). Es kann nicht erwartet werden, dass die ehrenamtlichen Ausschussmitglieder Sparmaßnahmen vorschlagen sollen; optionale Vorschläge werden von der Verwaltung erwartet. Herr Dr. Fassbinder entgegnet, dass Vorschläge zu Sparmaßnahmen seitens der Verwaltung vorgelegt wurden und die Verantwortung bei der Bürgerschaft liegt, eine Auswahl zu treffen.

Herr Cymek: Wie unterscheiden wir uns vom Bund und was würde es bedeuten, wenn der Haushalt nicht verabschiedet wird?

Herr Dr. Fassbinder: Wenn ab dem 01.01.2025 kein Haushalt vorliegt, dann werden die Zahlungen weitergeleistet, die vertraglich gesichert sind (z. B. Mietverhältnisse, Lohn). Bauvorhaben, für die die Gelder schon vorhanden sind, können bis zu einem bestimmten Punkt weitergeführt werden; wenn keine Gelder da sind, müssen die Bauvorhaben abgebrochen werden. Es dürfen keine neuen Vorhaben angefangen und für freiwillige Bereiche keine Leistungen erbracht werden (z. B. Ortsteilbudgets, Zuschüsse für Vereine).

Herr Evers: Was würde passieren, wenn der Schulneubau komplett gestrichen und der Theaterneubau gestoppt wird? Inwieweit ist der jetzt vorliegende Haushalt durch das Innenministerium genehmigungsfähig?

Frau Stawinski: Grob eingeschätzt wären es für die Regionalschule für die gesamte Maßnahme ca. 28 Mio. EUR; bei Streichung müssten allerdings anteilig Mittel erstattet werden (auch an das Städtebauliche Sondervermögen). Das Theater insgesamt wird aus dem Städtebaulichen Sondervermögen finanziert (ca. 70 - 75 Mio. EUR). Bei Abbruch der Maßnahme müsste sowohl der Betrag an das Städtebauliche Sondervermögen refinanziert als auch der Vorteilsausgleich gezahlt werden; die finanzielle Summe müsste im Detail errechnet werden.

Herr Dr. Fassbinder: Das Innenministerium wird im Vorfeld keine Aussagen zum Haushalt treffen, bevor es ihn nicht gesehen hat.

Herr Dr. Valentin bemängelt im vorgelegten Haushalt die fehlende Transparenz zur Generationengerechtigkeit. Herr Dr. Fassbinder erwidert, dass der Haushalt öffentlich ist und somit eine Transparenz gegeben sei. Zur Generationengerechtigkeit gehört die politische Aufgabe, Prioritäten zu setzen (entweder Sparen, um keine Schulden zu hinterlassen, Auswirkungen wären, Bauprojekte einzustellen, oder generationsgerecht Schulen zu bauen, damit Kinder eingeschult werden können, dann aber mit Schulden). Er geht davon aus, dass

sich die Zahlen positiv entwickeln werden.

Herr Krüger kritisiert, dass keine Fraktion Maßnahmen erwägt (z. B. Streichung von Projekten), um sich der jetzigen Situation anzupassen. Er stellt den Geschäftsordnungsantrag, in die Diskussion einzutreten und erst alle Anträge zum Haushalt zu behandeln, um dann über die Vorlage abzustimmen. Die Gegenrede von Herrn Dr. Jess empfiehlt die sofortige Abstimmung zu diesem TOP.

Über den Geschäftsordnungsantrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen

Herr Jaap hält es ebenfalls für unangemessen, dass die Politik die Entscheidungen treffen soll; seines Erachtens sollten die Vorschläge von der Verwaltung kommen.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	5	4

6.25 Zweitwohnungssteuer – Für eine gerechte Beitragsverteilung und mehr Ummeldungen in Greifswald **BV-P-ö/08/0110**

Die Vorlage wird von Herrn Dr. Kerath eingebracht. Mit der Zweitwohnungssteuer soll die Einnahmesituation der Stadt verbessert werden. Deshalb soll die Verwaltung prüfen, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Hebesätzen dies geschehen kann. Gleichzeitig soll die Zweitwohnungssteuer bewirken, dass möglichst viele Menschen, die einen zweiten Wohnsitz in der Stadt haben, dazu angehalten werden, hier ihren Hauptwohnsitz zu nehmen. Dadurch entstehen der Stadt erhebliche finanzielle Vorteile (Schlüsselzuweisungen).

Frau Wuschek: Warum werden bestimmte Gruppen ausgeschlossen (z. B. Studenten)?
Herr Dr. Kerath: Beantwortung erfolgt schriftlich.

Herr Al-Khoury findet die Vorlage ausbaufähig (u. a. GEZ-Gebühren (bei Zweitwohnsitz müssen keine gezahlt werden)).

Frau Görs merkt an, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt und das Ergebnis abgewartet werden sollte. Die Ausgestaltung der Satzung wäre dann ein Folgeschritt.

Herr Rappen sieht mit der Zweitwohnungssteuer auch negative Folgen für die Stadt (für Arbeitnehmer im wissenschaftlichen Bereich, die nur zeitweise in Greifswald tätig sind, ist möglicherweise die Stadt dann nicht mehr attraktiv). Für Herrn Krüger stellt die Zweitwohnungssteuer ein gutes Instrument dar, Einnahmen zu generieren (andere Universitätsstädte erheben diese Steuer auch).

Herr Jaap schlägt vor, die Höhe niedriger anzupassen.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	1	5

**6.26 Kooperation für PV-Anlage auf dem Dach der Feuerwehr
(Haushaltsentwurf 2025/2026: 12601-M00031)**

BV-P-ö/08/0111

Herr Krüger bringt die Vorlage ein. Um die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der Feuerwehr doch noch durchführen zu können (war im Haushaltsentwurf als nicht finanzierbar eingestuft), soll nach Kooperationspartnern für die Finanzierung gesucht werden.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf. Über die Vorlage wird abgestimmt.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	2	3

7 Haushalt 2025/2026

**7.1 Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt
Greifswald für die Haushaltsjahre 2025/2026**

BV-V/08/0043-04

Herr Dr. Fassbinder erklärt, dass die UHGW sich sehr viel im freiwilligen Bereich leistet und viel im freiwilligen und pflichtigen Bereich investiert. In vielen Bereichen sind die Kosten gestiegen (Tarifsteigerungen bei den Personalkosten, Baukosten). Zusätzlich besteht das Problem mit dem Zensus (3.000 Menschen weniger), das den Verlust von 1 bis 2 Mio. EUR Landes- und Bundeszuweisungen in den nächsten Jahren zur Folge hat. Da die Haushaltslage beim Bund und Land auch nicht gut ist, könnte der Verlust noch höher ausfallen. Dadurch droht eine hohe Schuldenaufnahme. Die Schulden entstehen einerseits durch Zuschüsse aus dem laufenden Bereich (z. B. kostenloser Kinder- und Jugendsport, Kultur und Bildung) und andererseits durch hohe Investitionskosten (Schulzentrum, Sporthallen II und III, Bauhof, Sanierung des Theaters). Die Bauvorhaben sollten weitergeführt werden, bei Abbruch wäre ein massiver Rückschlag für das Baugewerbe zu verzeichnen (dreiviertel bis 80 % der Bauaufträge für die Baumaßnahmen betreffen die hiesigen Firmen). Die Stadt hat bislang die Vorhaben immer vorsichtig kalkuliert und geplant; die Jahresergebnisse waren immer besser, als geplant. Der am 18.10.2024 vorgelegte Haushalt enthält Sparvorschläge, die seitens der Politik jetzt entschieden werden müssen. Der Vorschlag eines Haushaltssicherungskonzeptes bedeutet, dass eigentlich alle freiwilligen Leistungen nicht mehr fortgeführt werden können. Selbst wenn alle freiwilligen Leistungen eingefroren werden würden, könnte man kein Haushaltsausgleich erreichen. Der Schaden, der mit einem Haushaltssicherungskonzept angerichtet wird, wäre sehr hoch. Deshalb wird seitens der Verwaltung versucht, die Aufstellung eines solchen Konzeptes solange, wie möglich, zu vermeiden. Der Beschluss des Haushaltes ist für die Stadt wichtig, damit u. a. auch in 2025 im Zuschussbereich die Zuschüsse ausgereicht werden können.

Frau Stawinski ergänzt, dass alle eingegangenen Fragen der Fraktionen zum Haushalt beantwortet wurden (eine FAQ-Sammlung hierzu wird allen noch zugestellt). Die letzte zugeschickte Veränderungsliste bezieht sich zum großen Teil auf den laufenden Bereich und minimal auf den investiven Bereich. Im laufenden Bereich wurden Veränderungen im Bereich Personal vorgenommen; die Tarifsteigerungen ab 2025 in Höhe von 6 % wurden jetzt mit 3,5 % gerechnet (dadurch Einsparungen bis 2028 in Höhe von ca. 7 Mio. EUR). Bei der Gewerbesteuer wurde die Prognose nach Rücksprache mit größeren Gewerbetreibenden überarbeitet; im Planungszeitraum bis 2028 macht dies ca. 6 Mio. EUR aus. Die aus den Veränderungen hervorgegangene Verbesserung in Höhe von 13 Mio. EUR reicht trotzdem nicht aus, den Haushalt auszugleichen. Bezüglich des Stellenaufwuchses wird in den nächsten Tagen eine Übersicht zur Stellenbewertung und -berechnung an die Politik verschickt. Der vorgelegte Haushalt ist zwar immer noch nicht gut, aber das Bestmögliche, was aus Sicht der Verwaltung vorgelegt werden konnte. Die Realisierung, kurzfristig ein Haushaltssicherungskonzept vor der Beschlussfassung des Haushaltes zu erarbeiten, wird bezweifelt; grundsätzlich wäre eine Erarbeitung im nächsten Jahr möglich.

Nach Diskussion der TOP 7.1.1 und TOP 7.1.2 :

Herr Dr. Fassbinder schlägt vor, die Vorschläge des Ausschusses aus den Vorlagen in den Haushalt einzuarbeiten, sodass dann der Haushalt zur Abstimmung gestellt werden kann (wie in den Vorjahren).

Gegen dieses Verfahren sprechen sich Frau Wuschek und Herr Rappen aus.

Herr Dr. Fassbinder ergänzt seinen Vorschlag dahingehend, dass es auch möglich sei, in der Bürgerschaft über alle Anträge einzeln abzustimmen.

Frau Wuschek stellt einen Geschäftsordnungsantrag: Wer ist dafür, dass nach dem Vorschlag von Herrn Dr. Fassbinder, die Vorschläge des Ausschusses aus den Vorlagen in den Haushalt einzuarbeiten, sodass dann der Haushalt zur Abstimmung gestellt werden kann, verfahren wird?

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	5	4

7.1.1 Änderungsantrag zu: Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2025/2026

BV-V/08/0043-03

Antrag zur Vorlage BV-V/08/0043

Die Vorlage wird von Herrn Dr. Kerath eingebracht. Durch die Begrenzung des Personalaufwuchses (von 20 auf 5 VBE) sollen die Mehraufwendungen der 15 aufgezählten Punkte finanziert werden. Einzelne Punkte des Beschlussvorschlages werden näher erläutert. Herr Dr. Kerath appelliert an alle Ausschussmitglieder, dem Haushalt zuzustimmen, weil es sonst zu verheerenden Konsequenzen führen könnte (keine freiwilligen Leistungen

mehr).

Herr Dr. Fassbinder erklärt, dass bei einer Kürzung des beabsichtigten Personalaufwuchses, bestimmte Leistungen nicht mehr erbracht werden können. Ergänzend zur Finanzierung des Taktes informiert Herr Dr. Fassbinder, dass die veranschlagten 180.000 EUR eine grobe Schätzung war. Die ermittelten Zahlen zur Fortführung des Taktes betragen für 2025 147.000 EUR und für 2026 159.000 EUR und folgend 160.000 EUR/Jahr.

Herr Dr. Jess bittet, ernsthafte Diskussionen zu führen, wie die Haushaltsmisere der Stadt beendet werden könnte.

Herr Evers schlägt vor, über die Punkte in der Vorlage einzeln abzustimmen; die einbringende Fraktion der Vorlage ist mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Frau Wuschek schlägt vor, über die einzelnen Punkte der Veränderungsliste abzustimmen. Ein Änderungsantrag wird angekündigt.

Über die Einzelpunkte wird abgestimmt. Der Punkt 3 wird entsprechend den Ausführungen von Herrn Dr. Fassbinder angepasst.

Ergebnis:

	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Maximal 5 VBE	10	0	3
1. Tag der Entscheidung jedes 2. Jahr	3	7	3
2. Werterhaltung Spielplätze	5	5	3
3. Freizeitzentrum Takt (angepasst)	5	3	5
4. Zusätzliche Lehr- und Unterrichtsmittel	7	4	2
5. Zusätzliche Unterstützung von Verbänden und Vereinen	5	4	4
6. Umzugskostenbeihilfe	2	8	3
7. Fortschreibung des Zuschusses an Institutionen im Rahmen des KuS	6	0	7
8. Fortbestehen Jugendclub Riems	3	2	8
9. Zuschuss für Gestaltungsbeirat	2	8	3
10. Zuschuss für Frauenbeirat und Fortbestehen der anderen Beiräte	4	0	9
11. Förderung von Gleichstellung und Prävention	5	3	5
12. Fortsetzung des Zuschusses Kreisverband der Gartenfreunde e.V.	3	1	9
13. Umsetzung des Seniorenförderkonzepts	5	0	8

14. Garantie für Ortsteilbudget	4	5	4
15. Ausstattung der Geschäftsführung des Stadtsporbundes	5	8	0

7.1.2 Änderungsantrag zu: Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2025/2026

BV-V/08/0043-05

Antrag zur Vorlage BV-V/08/0043

Die Vorlage wird von Frau Damm eingebracht. Die Punkte, über die schon abgestimmt wurde (Pkt. 1, 2, 3), werden herausgenommen, zusätzlich der Punkt 5. Über die verbleibenden Punkte wird einzeln abgestimmt.

Ergebnis:

	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4. Klimafonds	3	7	3
6. Zuschuss an Sonstige – Kastration	6	5	2
7. Einpflanzung der Obstbaumsetzlinge	7	0	6

8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses

keine

9 Ende der Sitzung

Die Sitzung wird um 21:13 Uhr beendet

Protokollführung

Vorsitzende/r

Birgit Rosolski

Shady Al-Khouri